



WAHLKREISINFO
 DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN
KATRIN WERNER

SCHLIESST DAS AUSREISEZENTRUM!

Ein menschenrechtspolitisches Signal von Trier nach Mainz

Es ist schon seltsam, dass gerade das konservative Bayern das Ausreisezentrum für Asylbewerber in Fürth im Freistaat abschafft, während in Rheinland-Pfalz die Landesregierung an der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige (LUfA) festhält. Umso stärker ist das Signal, das am 02. Februar vom Trierer Stadtrat ausging: Katrin Werner (für DIE LINKE im Trierer Stadtrat), Grüne, SPD, CDU und FWG stimmten für die Schließung des Ausreisezentrums. Eine Petition zur Schließung der LUfA wird nun an die Landesregierung gesendet.

„Es war ein sehr bewegender Moment für mich!“ kommentiert Katrin Werner die Abstimmung des Stadtrates, „Ich bin am 01. Juni in der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige gewesen. Die Lebensbedingungen dort sind untragbar. Keiner von uns möchte dort leben. Nicht mal für einen Tag.“

INHALT

Ausreisezentrum

Katrin Werner vor Ort

Telekom

Hochmoselübergang



Ihre Hauptkritik formuliert die Bundestagsabgeordnete und Stadträtin aber nicht an der Unterkunft, sondern an der Institution des Ausreisezentrums selbst. In ihrer Rede kritisierte sie die Menschenrechtsverletzungen und die verfehlte Asylpolitik, auf deren Existenz die LUfA gründet: „Man muss ganz hart formulieren. Mitten in Trier steht eine Einrichtung, in der tagtäglich Menschenrechte verletzt werden. Mitten in Trier gilt für Asylsuchende die Residenzpflicht, d.h. sie dürfen die Stadtgrenzen nicht verlassen. Dies nennt man Freiheitsentzug! Mitten in Trier existiert eine Einrichtung, die Asylsuchende psychisch unter Druck setzt und sie in die Illegalität drängt!“

Dieser unwürdige Umgang mit Asylsuchenden findet in Trier nun schon seit 2002 statt. Die Landesunterkunft für Ausreisepflichtige ist ein Zeichen einer nicht zu rechtfertigenden rigiden Asylpolitik. Denn im Trierer Ausreisezentrum sitzen Menschen, die bereits in Deutschland integriert sind. Sie hatten Arbeit, sie haben Familie und Freunde. Mit der Unterbringung in der LUfA wurde ihnen ihr Leben weggenommen.

Katrin Werner hofft nun, dass auch in Mainz das Signal der Abstimmung im Trierer Stadtrat wahrgenommen wird. Währenddessen verkündet der rheinland-pfälzische Innenminister Karl-Peter Bruch, dass er an der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige festhalten werde.

Damit legitimiert der SPD-Innenminister eine unzeitgemäße und nicht an der Menschenwürde der Flüchtlinge orientierte Asylpolitik im eigenen Land. Katrin Werner kommentiert dies: „Die SPD scheint nicht aus ihrer ergebnislosen Menschenrechtspolitik lernen zu wollen. Wir brauchen eine Integrationspolitik, die an den Menschenrechten orientiert ist. Denn kein Mensch ist illegal. Wenn die SPD auf das Signal aus Trier nicht hört, dann nimmt sie nicht die Chance wahr, die LUfA vor den Wahlen zu schließen. Nach den Wahlen muss die LUfA Geschichte sein! Die SPD scheint taub zu sein gegenüber dem Beschluss des Landesbeirates für Migration, der 2009 schon die Schließung der LUfA forderte. Die SPD ignorierte den Trier Appell, bei dem mehr als 550 BürgerInnen unterzeichneten. Jetzt schenkt sie dem Trier Stadtrat kein Gehör. Was muss denn noch geschehen, dass die SPD-Landesregierung die LUfA schließt?“

Katrin Werner vor Ort

Bei den Lebenshilfe-Werken Trier

In Deutschland leben rund 8,6 Millionen Menschen mit physischen, geistigen und/oder psychischen Behinderungen. In Trier leben 10.300 Menschen mit Behinderung, das sind immerhin 10 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner. Diese Menschen werden oft ausgegrenzt und können nur eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

WAHLKREISINFO



Im Umgang mit Behinderten muss eine neue Denkweise her: weg von einer autoritären und vormundschaftlichen Fürsorge und hin zu mehr Selbstbestimmung und Selbstvertretung. Behindertenpolitik muss endlich als ressortübergreifende und menschenrechtliche Aufgabe wahrgenommen werden.



Um sich ein Bild der Situation vor Ort zu machen, besuchte Katrin Werner die Lebenshilfe Werke in Trier. Die Werkstätten der Lebenshilfe sind aus einer Elterninitiative entstanden. Am Standort Trier können die Lebenshilfe-Werke auf eine mehr als 40-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Mittlerweile sind dort mehr als 700 Mitarbeiter beschäftigt. Die Lebenshilfe-Werke haben sich somit zu einem wichtigen Arbeitgeber der Region entwickelt. Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen finden dort eine Beschäftigung und erhalten ein Entgelt für ihre geleistete Arbeit.

Daneben können sie zahlreiche Freizeit- und Förderangebote wahrnehmen. „Ich bin begeistert wie hier Menschen mit und ohne Behinderung Hand in Hand zusammenarbeiten. Jede und jeder kann sich je nach seinen Fähigkeiten einbringen und wird auch dementsprechend gefördert“, lautete das Fazit der Bundestagsabgeordneten Katrin Werner nach ihrem Besuch der Lebenshilfe-Werke in Trier.

Während des Rundgangs über das Betriebsgelände erklärt der Geschäftsführer Ulrich Schwarz die verschiedenen Arbeitsbereiche. Immer wieder kommen MitarbeiterInnen auf ihn zu und begrüßen ihn. Schnell wird deutlich, dass bei ihm der einzelne Mensch im Vordergrund steht. Die Behinderung spielt dabei keine Rolle. Die MitarbeiterInnen sind aber auch neugierig und wollen wissen, wer die anderen Gäste sind. Einige präsentieren voller Stolz ihren Arbeitsplatz und erklären ihre Tätigkeit. So erfahren wir, dass in jedem fünften Auto weltweit ein Produkt verarbeitet ist, welches von den MitarbeiterInnen bearbeitet wurde. Berührungängste haben die MitarbeiterInnen keine. Umgekehrt ist dies leider oft nicht der Fall.

Neben viel Lob für die Arbeit der Lebenshilfe Werke in Trier hat Katrin Werner aber auch noch einen Wunsch. Den Lebenshilfe-Werken ist es bisher vereinzelt gelungen, MitarbeiterInnen auch in einige regionale Betriebe zu vermitteln. In der Zukunft sollte es für alle Betriebe selbstverständlich werden, auch auf das Potenzial von Menschen mit Behinderungen zurückzugreifen. Irgendwann könnten dann solche Sondereinrich-



tungen überflüssig werden, weil Menschen mit Behinderung vollständig in den Arbeitsmarkt integriert sind.

Für den Erhalt des Telekom-Standorts Trier!

Die Telekom will ihre Standorte in Rheinland-Pfalz abbauen. Von den Zentralisierungsplänen sind auch 140 Beschäftigte in Trier betroffen. Zwar verspricht die Deutsche Telekom, dass sie keine Arbeitsplätze abbauen wolle, sondern diese nur nach Bonn oder Frankfurt verlagern werde. Das bedeutet für die Betroffenen entweder lange Arbeitswege oder der Umzug nach Bonn bzw. Frankfurt. Gerade für Familien ist dies besonders problematisch, da entweder die Kinder aus ihrem Umfeld gerissen werden oder ein Elternteil zum Pendeln gezwungen wird.

DIE LINKE wird sich für den Erhalt der Standorte einsetzen und erklärt sich solidarisch mit allen Beschäftigten.

Für gute Arbeit und gute Löhne!



„Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen endlich von der Politik stärker berücksichtigt werden. Wir brauchen eine

stärkere Regulierung auf dem Arbeitsmarkt, damit die Beschäftigten besser vor Ausbeutung und Lohndumping geschützt werden können.“ forderte Katrin Werner bei einer Podiumsdiskussion auf einer Teilbetriebsversammlung der Deutschen Telekom in Trier.

Lothar Schmid, Vorsitzender des ver.di Landesfachbezirk Telekommunikation und IT, schloss sich dieser Forderung an. Er sprach sich u. a. für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und strengere Regularien für Leiharbeit aus.

DIE LINKE wird sich weiterhin für diese Forderungen stark machen.

WUSSTEN SIE SCHON,

- dass Leiharbeitskräfte im Schnitt 30% weniger Lohn erhalten!
- dass jeder 8. Leiharbeiter aufstücken muss, obwohl 94% von ihnen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen!
- dass in Deutschland 6 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten!
- dass sich die Lohnzuschüsse aus Steuermitteln seit 2005 auf 50 Milliarden Euro belaufen!



Konsequentes Nein zum Hochmoselübergang bleibt

„Ich kann einfach nicht verstehen warum die Landesregierung an diesem Verkehrsprojekt festhält. Es kann doch nicht sein, dass einerseits Brücken gesperrt werden, weil kein Geld für die Sanierung vorhanden ist. Andererseits mehr als 330 Millionen in den Hochmoselübergang gesteckt werden, in ein Projekt, das verkehrstechnisch unnötig ist und zudem noch die Mosellandschaft zerstört.“, so eine Teilnehmerin des Seminars zum Thema Hochmoselübergang.



Elisabeth Reis, Sprecherin der Bürgerinitiative Pro Mosel, informierte knapp 20 interessierte Bürgerinnen und

Bürger über die fatalen Folgen, die der Bau der Hochmoselüberbrücke mit sich bringen würde. Während ihres 3-stündigen Vortrags betrachtete sie die Auswirkungen auf den Tourismus, die Ökologie und den Weinbau. Elisabeth Reis sagt aber nicht nur Nein zur diesem unsinnigen Verkehrsprojekt. Die Bürgerinitiative hat sich auch mit Alternativen zu den jetzigen Planungen beschäftigt. So sollen bestehende Straßen ausgebaut und Brücken saniert werden. Zudem kann ein zusätzlich Kriechspur für LKWs eingeführt werden. Außerdem fordert die Bürgerinitiative einen konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

KOMMENTAR

McDonald's in Hermeskeil?

In Hermeskeil wird seit längerem die Ansiedlung eines McDonald's diskutiert. Die Erschließung des dazu ausersehenen Geländes in der Gusenburgerstraße würde ca. 2,8 Mio. € kosten. Diese Kosten müssten ausschließlich von der Stadt Hermeskeil getragen werden. DIE LINKE lehnt diese Ansiedlung ab. Die Kommunen sind ohnehin schon an den Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit, deshalb muss sich Hermeskeil nicht noch zusätzlich, völlig unsinnig, finanziell belasten. Vielmehr braucht es eine ökologische und an den Bedürfnissen der Hermeskeiler Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete Infrastruktur.



SHORTCUTS STADTRAT

JUGENDPARLAMENT

Am 02. Februar 2011 verabschiedete der Stadtrat das Jugendparlament. Die vorgelegte Satzung und Wahlordnung enthält jedoch einige kritische Punkte. So spricht die Wahlordnung den Jugendlichen lediglich drei Stimmen bei der Wahl zu. Das Kommunalwahlrecht sieht jedoch vor, dass sich Stimmenanzahl und Anzahl der zu wählenden Parlamentsmitglieder entsprechen müssen. Deshalb stellte Katrin Werner einen Änderungsantrag, der den Jugendlichen 22 Stimmen zusprechen sollte. Leider wurde der Antrag, wenn auch mit wenigen Unterstützern über die Parteigrenzen hinweg, abgelehnt.

BEHINDERTENBEIRAT

Nach knapp drei Jahren Wartezeit wurde in Trier nun endlich eine Satzung für einen Beirat für Menschen mit Behinderung und einen/r Beauftragte/n für Menschen mit Behinderung vorgelegt. Jedoch enthielt die Satzung keine Bemerkung dazu, welche Wahlvoraussetzungen es geben soll. Katrin Werner stellte den Antrag, dass der Absatz der Mustersatzung des Landesbeirates für Menschen mit Behinderung

übernommen werden soll. Die zu wählenden Mitglieder sollen Menschen mit Behinderung oder deren gesetzliche VertreterInnen sein. So ist sichergestellt, dass Behindertenpolitik den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird. Leider wurde dieser Antrag von den restlichen Mitgliedern des Stadtrates abgelehnt.

HAUSHALT TRIER

Nachdem der Haushalt im Dezember des letzten Jahres überraschenderweise abgelehnt wurde, beriet der Stadtrat am 02. Februar 2011 ein zweites Mal über den Haushalt der Stadt Trier 2011. CDU, SPD, Grüne, FWG und FDP einigten sich auf weitere Kürzungen im sozialen Bereich und bei den freiwilligen Leistungen. Es war klar, dass dieser Haushalt nicht von der LINKEN unterstützt werden konnte. Katrin Werner kritisierte in ihrer Rede, dass dieser Haushalt die politische Handlungsfähigkeit in Trier weiter einschränken werde und die BürgerInnen stärker belastet werden. Durch den neuen Haushalt und die damit verbundenen Verteuerungen wird finanziell schlechter gestellten Menschen die soziale und kulturelle Teilhabe erschwert.